



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Schließung der Abschiebehafteinrichtung**

Einzelplan **03** Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 11

Bezeichnung lt. Leistungsplan **Angelegenheiten des Ausländerrechts**

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	33.652,8	-5.500,0	28.152,8
Produktabgeltung	33.636,0	-5.500,0	28.136,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Hessen gibt jährlich 5,5 Millionen Euro für den Betrieb der Abschiebehaftanstalt und baut diese aus, was mit weiteren Kosten verbunden ist. Haft zum Zwecke der Abschiebung stellt eine unverhältnismäßige Maßnahme dar, sodass diese Kosten eingespart werden können und müssen.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske